Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 284. Halle a. S., Dienstag, den 21. Juni. 1910.

Eine Parteikundgebung.

Zur Rede des Abg. Dr. Wiemer.)

Die programmatische Rede des Abg. Dr. Wiemer auf dem Träger-Kommers gibt dem offiziösen Blatt der Regierung, der „Norddeutschen Allg. Ztg.", Veranlassung, ein paar Glossen und freundliche Belehrungen an die Adresse der fortschrittlichen Volkspartei zu richten. Darin hat das Regierungsorgan recht, daß die Rede Wiemers zum Schluß den Charakter einer Parteikundgebung annahm, und es ist daher vielleicht angebracht, sie in etwas größerer Ausführlichkeit jetzt wiederzugeben, als dies in einem großen Teil der Presse bisher geschah. Dr. Wiemer führte also u. a. aus:

„Wir wissen, daß der deutsche Liberalismus, daß die fortschrittliche Volkspartei vor schweren Zeiten steht, die unverbrüchliche Ueberzeugungstreue und opferfreudige Begeisterung, festes Wollen und entschlossenes Handeln erfordern. Im Herzen aller freiheitlichen Männer zittert die Enttäuschung und Empörung nach über den schmählichen Ausgang des Wahlrechtskampfes in Preußen. Die Reform ist gescheitert an der Kurzsichtigkeit und dem Eigennutz der herrschenden Gewalten... Die Thronrede mit dem Versprechen der Reform ist zerfetzt, und die Ratgeber der Krone haben sich dem Willen des ungekrönten Königs gebeugt. Wir aber sind entschlossen, den Kampf fortzuführen, bis das Ziel erreicht ist. Wir fordern die Parteigenossen im Lande auf, nun erst recht mit aller Kraft und Entschlossenheit den Kampf für ein freiheitliches Wahlrecht in Preußen zu führen. Wir sind auch entschlossen, das Reichstagswahlrecht, die Errungenschaft demokratischer Staatsauffassung, das Fundament der Reichsverfassung, zu verteidigen gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Wenn jüngst im Herrenhaus ein Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht gemacht ist, wenn das Herrenhaus nach Herrn v. Burgsdorff ein Hemmschuh sein will gegen allen politischen Fortschritt, dann muß unsere Antwort sein: dies rückständige Junkerparlament, das wie eine staatsrechtliche Ruine in die lebendige Gegenwart hineinragt, muß abgeschafft werden.

Gerade im Hinblick auf die jüngsten Erfahrungen wollen wir den Kampf weiterführen für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, gegen jegliche Zurücksetzung, sei es um des Glaubens oder der politischen Ueberzeugung willen, gegen jede Bevorzugung, sei es der sozialen Stellung oder des Namens oder des Geldbeutels. . . .

Die Konservativen verteidigen das Zusammengehen mit dem Zentrum, den schwarz-blauen Block, mit dem Hinweis auf die „gemeinsame christliche Weltanschauung". Die letzte Enzyklika und die Haltung des Zentrums hat gezeigt, daß diese gemeinsame christliche Weltanschauung auf tönernen Füßen ruht. Jetzt fließt die Presse der Rechtsparteien über in Lobpreisungen des diplomatischen Erfolges, den der Reichskanzler durch die Vorstellungen bei der Kurie erreicht haben soll. Der Zweck der Uebung ist klar. Ich kann die Antwort des Papstes so hoch nicht schätzen. Die Kurie hat das Mißverständnis, die angeblich unrichtige Auslegung der Enzyklika bedauert, aber zurückgenommen hat sie nichts. Ich halte nach wie vor eine energische Abwehr für geboten, wobei auch die Frage zu erörtern sein wird, ob nach solchen Erfahrungen § 166 des Strafgesetzbuches, der die Kritik an kirchlichen Einrichtungen einschränkt, noch länger aufrecht erhalten werden kann. Wir wollen keinen Kulturkampf. Wir achten jede religiöse Ueberzeugung, wie wir Respekt für unsere verlangen. Aber wir wollen nicht, daß einseitige konfessionelle Anschauungen Einfluß auf unsere staatlichen Einrichtungen gewinnen. Wir bekämpfen die klerikale Vorherrschaft, weil wir den konfessionellen Frieden wollen.

Schwer lastet die Herrschaft des schwarz-blauen Blocks auf dem deutschen und preußischen Volke. Und entschlossener Widerstand des gesamten liberalen Bürgertums ist notwendig, wenn nicht noch mehr Unheil angerichtet werden soll. Ich denke dabei auch an die bevorstehenden Kämpfe um die neuen Handelsverträge, wobei die wirtschaftliche Zukunft der Nation auf dem Spiele steht. Ich habe Grund zu der Annahme, daß auch in Regierungskreisen die reaktionäre Vorherrschaft der Schwarz-blauen als eine Gefahr empfunden wird. Ob auch vom Reichskanzler, das muß ich bezweifeln, wenn ich sehe, wie er in philosophischer Ergebung in die Abhängigkeit von der herrschenden Mehrheit seinen Kurs einrichtet nach dem Satz: Wie Heydebrand will, ich halte still.

Eins aber hat uns getreut: Bernhard Dernburg hat nicht still gehalten. Er hat den Amtsstaub von den Pantoffeln geschüttelt und ist als aufrechter Mann aus dem Amte geschieden, das er mit Ehren und Erfolg geführt hat. . . .

Diese Ausführungen habe ich hinzugefügt auf den Wunsch meiner parlamentarischen Freunde von Reichstag und Landtag, die einmütig zum Ausdruck bringen wollen, daß entschiedene und rücksichtslose Opposition heute nötiger ist denn je, die sich der bestimmten Erwartung hingeben, daß die Anhänger der Partei im ganzen Lande die politische Arbeit mit voller Energie, Zähigkeit und Opferfreudigkeit führen werden, den Kampf gegen Reaktion und Klassenhaß, gegen Interessenpolitik und Sonderbündelei für Freiheit und Fortschritt, für Volk und Vaterland."

Diese Rede also hat es der „Nordd. Allg. Ztg." angetan. Sie glaubt nicht, daß die fortschrittliche Volkspartei „durch eine möglichst kräftige Tonart der Agitation" ihre Chancen verbessern werde, in der „Brutalität der Agitation" würden die Fortschrittler stets von den Sozialdemokraten übertroffen werden. Dieses besorgte Werben um das Wohl der Fortschrittlichen Volkspartei wirkt rührend; in Wirklichkeit hat Dr. Wiemer nur die Worte gebraucht, die der Situation angepaßt waren. Eine kräftige Tonart wird nicht um ihrer selbst willen oder aus agitatorischen Gründen beliebt, sondern weil die Taten des schwarz-blauen Blocks eine entschiedene Abwehr und einen festen Gegenangriff geradezu zur politischen Notwendigkeit machen.

Die „Nordd. Allg. Ztg." übt Silbensteherei, wenn sie alsdann behauptet, es stände mit den objektiven Tatsachen die Behauptung Wiemers in Widerspruch, die Minister hätten sich bei der Wahlreform dem Willen der Konservativen gebeugt. Die von den Konservativen und dem Zentrum gebotene Wahlreform habe die Regierung vielmehr abgelehnt. In Wirklichkeit hat sich in den Hauptfragen, indirekte und geheime Wahl, bekanntlich die Regierung dem Diktum der schwarz-blauen Mehrheit gefügt. Wenn schließlich die Regierung wegen der Drittelungsfrage Unnachgiebigkeit zeigte, so geschah das nur, weil die Schwarz-Blauen trotz der sonstigen Nachgiebigkeit der Regierung einen gangbaren Entwurf nicht schaffen wollten oder konnten.

Schließlich bemängelt das Regierungsblatt noch die Ausführungen Wiemers zur Borromäus-Enzyklika. Es meint, der Konflikt sei in einer Weise beigelegt, „wie es für das einträchtige Beieinanderleben der Konfessionen nur gewünscht werden kann." Dabei solle man es bewenden lassen. Die „Nordd." will also nicht, daß auf die konservativ-klerikale Verbindung aufmerksam gemacht wird, die dem Klerus erst die Neigung erweckt hat, im Eifer der Enzyklika gegen die deutsche Nation und ihre geistigen Errungenschaften vorzugehen. „Die „Nordd." wird es den Führern der Volkspartei schon überlassen müssen, den Zusammenhang politischer Ereignisse zu erkennen und entsprechend darzustellen. Daß die Volkspartei den konfessionellen Frieden erstrebt und der Kulturkampf ablehnt, hat Wiemer im übrigen ausdrücklich betont. Aber die Antwort des Papstes hat naturgemäß in liberalen Kreisen nicht so entzückt, wie in der Gegend des Herrn v. Bethmann Hollweg, wo man von vornherein geneigt war, aus jeder Antwort möglichst einen „diplomatischen Erfolg" für den leitenden Staatsmann herauszuholen.

Mit der Ankündigung der scharfen, dabei natürlich — um die zarten Nerven der „Nordd. Allg. Ztg." zu beruhigen — stets sachlichen Opposition seitens der fortschrittlichen Volkspartei entsprach Dr. Wiemer den Auffassungen und Neigungen der Anhänger im Lande. Auf dieser Bahn wird fortzuschreiten sein bis zur Erreichung besserer Zustände.

Minister v. Moltkes Ende

datiert nicht erst von den letzten Akten der Wahlrechtsvorlage, obwohl sie und die Haltung des Ministers die Gegnerschaft des schwarz-blauen Blocks besiegelt haben. Aber „erledigt" war, wie gesagt, Herr v. Moltke als Minister schon durch gemeinsamen schwarz-blauen Vorstoß vom 23. Februar 1910 im Abgeordnetenhause. Um Verdunkelungen vorzubeugen, sei hier die Schilderung wiedergegeben, die die „Köln. Volksztg." von der Sitzung entwarf:

Dr. Bell verliest eine kleine Serie von Kraftstellen aus dem Machwerk („Fürst Bülow und seine Zeit" von Germanikus). Die Erregung steigt dabei von Satz zu Satz. Frhr. v. Zedlitz eilt zu seinen liberalen Freunden hinaus und beratschlagt mit ihnen. Als Abg. Dr. Bell ein amtliches Schreiben aus dem Ministerium des Innern, unterzeichnet mit dem Namen des Ministers v. Moltke, vorliest, der selbst dieses Pamphlet noch amtlich empfahl, da packt helle Aufregung auch die Konservativen. Herr v. Heydebrand geht zu Abg. v. Pappenheim hinaus, von Pappenheim bespricht sich mit Frhrn. v. Erffa, eilt dann ins Ministerfoyer, spricht kurz mit einem Geheimrat und konferiert dann wieder in sichtlicher Erregung mit seinen Parteifreunden . . . Der Unterstaatssekretär Holtz redet erregt auf den Minister ein, immer wieder auf das Empfehlungsschreiben zeigend. Der Minister sitzt am Platz unbeweglich und scheinbar unachtsam, als ob ihn die ganze Sache nichts anginge. Mit dem Wunsche, der Minister

Feuilleton.

Blinddarmentzündung — keine Infektionskrankheit.

Die Londoner medizinische Wochenschrift „The Lancet" hatte vor ca. 8 Tagen einen Brief von Dr. Donald Hood veröffentlicht, in dem behauptet wurde, daß Blinddarmentzündung eine ansteckende Krankheit sei. Dr. Hood glaubt, daß die Krankheit durch Mikroben von einem Individuum auf das andere übertragen wird. Vor 15 Jahren sei diese Krankheit noch verhältnismäßig selten gewesen, jetzt herrsche geradezu eine Epidemie. Auch habe die Krankheit jetzt einen viel gefährlicheren Charakter als früher. —

Diese Auslassungen des englischen Mediziners, die auch nach Deutschland telegraphiert wurden, waren nur zu sehr geeignet, eine beunruhigende Momente in unser Publikum zu tragen. Wir haben es deshalb für notwendig erachtet, die Anschauung einer autoritativen Stelle über diese Frage einzuholen und sind heute in der Lage, aus der Feder des Direktors der Chirurgischen Universitätsklinik, des Herrn Geh. Medizinalrats Prof. v. Bramann, nachstehende Auslassungen zu bringen:

Sehr geehrter Herr!

Auf die Frage, ob Blinddarmentzündung eine ansteckende Krankheit sei, wie Dr. Donald Hood behauptet, erlaube ich mir Ihnen zu erwidern, daß nach meinen an 15—1600 Patienten gemachten Beobachtungen und Erfahrungen diese Frage bestimmt verneint werden kann.

Eine Uebertragung der Blinddarmentzündung von Menschen auf Menschen findet bestimmt nicht statt.

Zwar häufen sich zuweilen die Erkrankungsfälle sehr auffallend, daß man an eine endemische oder epidemische Erkrankung glauben könnte, aber diese Häufung findet meistens nur zu Zeiten statt, in denen Darmerkrankungen, Katarrh usw. besonders häufig sind, wie bei Influenza und Epidemie, zur Zeit der Obstreife und der Feiertage. Es handelt sich dabei um Schädigungen, die bei einer großen Zahl von Menschen zu gleicher Zeit auftreten und bei einzelnen von diesen dann zum Auftreten der Blinddarmentzündung führen, aber von einer Uebertragung der Krankheit von einem Menschen auf den anderen kann keine Rede sein.

Es ist nur überaus bedauerlich, daß solche unbeweisliche und jeder Begründung entbehrende Behauptungen in die Welt gesetzt werden, da sie die Beunruhigung des Publikums, die gegenüber der Blinddarmentzündung wahrlich schon groß genug ist, nur noch zu steigern geneigt sind.

Mit größter Hochachtung

Ihr ergebener

von Bramann.

Telephonieren durch die Erde.

Eine aufsehenerregende Erfindung, die im Grubenwesen und bei Bergwerkskatastrophen künftig wohl eine bedeutsame Rolle spielen wird, hat nun ihre erste praktische Probe bestanden. Es handelt sich um einen sinnreich konstruierten Apparat, der es möglich macht, auf drahtlosem Wege durch die Erde hindurch zu telephonieren.

Nach langen schwierigen Versuchen ist es dem englischen Ingenieur A. J. Sharman gelungen, einen Apparat zu konstruieren, der die elektrischen Wellen bis zu den größten Erdtiefen hinabtreibt, wo sie von einem Empfangsapparat aufgenommen werden können. Die Vorrichtung ist außerordentlich einfach, die Handhabung bedingt keinerlei Erfahrung, und der Apparat selbst ist so leicht, daß er bequem getragen werden kann. Die erste praktische Probe wurde in den tiefen Gruben und Höhlen von Chislehurst vorgenommen. Der wissenschaftliche Mitarbeiter eines englischen Blattes, der dem Vorgang beiwohnte, gibt eine interessante Schilderung dieses Experimentes.

„Nachdem wir den Hügel über den Höhlen bestiegen hatten, wurde der kleine Apparat, der fast wie eine photographische Kamera aussieht und auf einem leichten, dreibeinigen Gestell ruht, aufgestellt. Die beiden Eisendrähte, die die Wellen abgeben, steckte man in die Erde. Mr. Sharman blieb oben bei dem Apparat, während wir mit der Empfangsvorrichtung in die Höhle hinabstiegen. Nachdem wir etwa 200 Meter weit durch die unterirdischen Gänge geschritten waren, wurde bei dem trüben Licht der Oellaternen der zweite Apparat aufgestellt. Dann kam ein Signal und sofort begann Mr. Sharman von der Erdoberfläche aus zu uns herunter zu sprechen. Die Worte klangen klarer und lebhafter als im gewöhnlichen Telephon; wir unterhielten uns eine ganze Weile lang miteinander, ohne daß die geringste Störung eintrat. Dann wurden die Apparate umgeschaltet und nun erfolgte durch die drahtlose Telegraphie auch der Austausch von kurzen Morsenachrichten."

Die Erfindung Sharmans beruht auf der von ihm gefundenen Möglichkeit, die Erde in derselben Weise wie die Luft für die Uebermittelung der Schallwellen zu benutzen. Von dem Abgabeapparat gehen elektrische Stöße aus, die von dem Empfangsapparat aufgenommen und in Laute umgewandelt werden. Es wurden dann weitere Versuche vorgenommen, die sich auf die Verwendbarkeit des Apparates im Wasser erstreckten. Die Ergebnisse waren noch günstiger. Künftig werden Kriegsschiffe mit tausend Fuß entfernten unter der Meeresoberfläche liegenden Unterseebooten in steter Verbindung bleiben können. Dabei ist der Verbrauch an elektrischer Kraft außerordentlich gering. Die kleine Form und die Leichtigkeit der Maschine begünstigen die allgemeine Verwendungsfähigkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100621025/fragment/page=0001

möge eine beruhigende Aufklärung geben, schließt Dr. Bell seine eindrucksvolle Rede, durch die das ganze Haus noch lange in Atem gehalten wird. Sofort erhebt sich jetzt Minister v. Moltke ohne ein Zeichen äußerer Erregung; nur daß er unverständlich leise die paar Worte der Entschuldigung buchstäblich herausstottert und ferner mit einer unwilligen Handbewegung ein Manuskript seines Unterstaatssekretärs zurückgibt, kann man als Zeichen seiner inneren Erregung deuten. Was er sagte, war naiv. Er habe das Buch nicht gelesen, nur durchgeblättert, und manche Stellen darin hätten Amüsantes über politische Tagesfragen enthalten. Auch Fürst Bülow habe ja das zu seinem Lob geschriebene Buch empfohlen. Das geht auch den Konservativen zu weit, und Abg. v. Pappenheim macht seiner Entrüstung sogar in lebhaften Zwischenrufen Luft. Ohne ein Zeichen des Beifalls setzt sich der Minister nach der Rede wieder. Auf der Linken lachen ein paar Abgeordnete über die peinliche Szene. Sofort greift Abg. v. Pappenheim den Fall auf und verurteilt ihn auf das schärfste. Ich habe ihn noch nie in solcher Erregung gesehen. Die Worte überstürzten sich förmlich, als er dem Minister zurust: So etwas ist für uns unverständlich. Das Schreiben ist eine amtliche Empfehlung, und wir können unmöglich annehmen, daß ein preußischer Minister sich mit einem solchen Buche identifiziert. Erregt schlägt von Pappenheim bei diesen Worten mit der Faust auf den Tisch und die Konservativen spenden demonstrativ stürmischen Beifall. Jetzt hat auch der Minister v. Moltke einen roten Kopf bekommen, aber er schweigt und deckt den ihm verantwortlichen Beamten, der ihn getäuscht hat.

In einem Berliner Blatte wird übrigens behauptet, daß sich in den Archiven des Ministeriums v. Moltke keines einziges Blatt befinde, das mehr als seine Unterschrift trage. Wie übrigens im Landwirtschaftsministerium keins von der Hand des Herrn v. Arnim. In den Jahren ihrer Amtstätigkeit hätten beide keinerlei selbständige Pläne zur Durchführung zu bringen versucht, sondern alle Arbeiten ihres Ressorts ihren Räten überlassen.

Deutsches Reich.

Vom Befinden des Kaisers.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Leibarzt des Kaisers Dr. Niedner empfing gestern abend den Mitarbeiter des „B. Tgbl." und gab ihm folgende zusammenfassende Darstellung des Krankheitsverlaufes: Die von einem Berliner Blatte, so erklärte Dr. Niedner, verbreiteten Nachrichten von einem neuen Furunkel und einer dadurch notwendig gewordenen Operation sind von A bis Z erfunden. Der Kaiser, der sich wegen des Furunkels an der rechten Hand die ganze Zeit über sehr geschont hat, ist am vorigen Mittwoch zum ersten Male seit seiner englischen Reise zu Pferd gestiegen, hat einen forschen Ritt unternommen und sich dabei wahrscheinlich durch die Ueberanstrengung einen Bluterguß in das rechte Knie zugezogen.

Es kann aber auch sein, daß der Erguß eine Folge des fortwährenden Trainierens ist. Der Kaiser war infolgedessen genötigt, auf die Anwesenheit bei der Uebung in Döberitz zu verzichten. Der Bluterguß steht in keinem Zusammenhang mit dem Furunkel an der Hand. Der Kaiser ist wirklich gesund. Er hat schon am Montag und besonders am Dienstag Spaziergänge in seinem Garten unternommen und fühlt sich sehr wohl. Er geht ganz allein ohne jede Unterstützung und hat keine Beschwerden.

Er fährt bestimmt am Mittwoch nach Kiel zur Kieler Woche. Auch sein sonstiges Reiseprogramm bleibt bestehen.

Der Kaiser sieht sehr frisch aus, der Bluterguß ist fast vollständig verschwunden. Die Behandlung beschränkte sich auf Waschungen und Umschläge, und das half so, daß der Kaiser jetzt alle Veranstaltungen der Kieler Woche mitmachen kann. Der Kaiser muß sich dabei natürlich einige Schonung schon auferlegen. Dr. Niedner kam nochmals auf die Alarmnachrichten zu sprechen und sagte:

Wir haben nichts zu vertuschen, darauf können Sie glauben. Wir handhaben die Sache gewissenhaft und es besteht gar kein Anlaß, etwas zu verschweigen. Der Kaiser fühlt sich durchaus wohl und wird alles mitmachen können, wie früher auch.

Daß der Kaiser sich wohl fühlt, geht auch aus einem Telegramm hervor, das der Kaiser gestern an den Präsidenten des Hamburger Rennklubs gerichtet hat und in welchem er seine Freude über die fortschreitende Heilung ausdrückt.

Der Nachfolger des Herrn von Dallwitz.

Die „Breslauer Zeitung" verzeichnet ein in Breslauer Kreisen umgehendes Gerücht, wonach Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der sich jüngst mit der Prinzessin Agathe von Ratibor vermählt hatte, zum Nachfolger des Herrn v. Dallwitz ausersehen sein soll.

Ergebnislosigkeit der Veteranenkonferenz.

Eine eigentümlich berührende Meldung geht der „Magdeb. Ztg." aus Berlin zu:

Die parlamentarische Konferenz im Reichsschatzamt betreffend die Aufbesserung des Veteranensolds ist wiederum ergebnislos verlaufen. Sie wird nicht mehr zusammentreten.

Es ist beschämend, konstatieren zu müssen, daß unsere Volksvertretung die Einigkeit nicht hat finden können, eine Ehrenpflicht den alten Kriegern gegenüber zu erfüllen, die Leben und Gesundheit einst freudig daran gaben, dem deutschen Volke Einheit und Größe auf blutgetränkten Schlachtfeldern zu erringen. Man findet eine solche Haltung um so unbegreiflicher, als doch in anderen, minder wichtigen Fragen eine „Uebereinstimmung" zwischen Regierung und Parlament erreicht worden ist, z. B. erst neuerdings, gelegentlich der Erhöhung der königlichen Zivilliste. Gerade dieser Umstand hätte die Volksvertretung veranlassen sollen, diese brennende Frage endgültig und befriedigend zu lösen. Will man so kurzsichtig sein, das Vertrauen der Nation noch weiter zu erschüttern, als es bereits geschehen ist? —

*

Der „Berl. Lok.-Anz." schreibt: Das Reichsamt des Innern wird am 1. Dezember d. J. eine Zählung der Kriegsteilnehmer von 1848, 1864, 1866 und 1870/71 vornehmen, um die Höhe der Veteranenbeihilfe genau bestimmen zu können.

Die Enzyklika.

Der „Osservatore Romano", das amtliche Organ des Papstes, spricht sich über die „Zurücknahme" der Enzyklika (in der Ueberfetzung der „Germania") folgendermaßen aus:

Es ist außerdem kaum notwendig zu bemerken, wie völlig grundlos die Behauptung der Blätter war, die von einer angeblichen Zurückziehung der Enzyklika seitens des Heiligen Vaters sprach. Denn die Enzyklika selbst wurde durch die Tatsache des Abdruckes in dem amtlichen Anzeiger „Acta Apostolicae Sedis" in der ganzen Welt vom Heiligen Stuhl veröffentlicht gemäß der päpstlichen Konstitution Promulgandi vom 29. Sept. 1908. Im Hinblick auf die infolge dieser Veröffentlichung entstandene Agitation hat der Heilige Vater indessen aus eigener Initiative, aus Gründen der Klugheit, zur richtigen Zeit die notwendigen Maßnahmen getroffen, damit die Enzyklika weder in den Kirchen noch in den Diözesan-Verordnungsblättern in Deutschland weiterhin veröffentlicht werde. Und das wurde mündlich dem Herrn preußischen Gesandten am 11. d. M. abends mitgeteilt.

Die klerikale „Nürnb. Volksztg." spricht geradezu davon, daß der Papst und sein Staatssekretär die „entristeten" protestantischen Schreier über den Löffel barbiert haben.

Die Hallische Studentenschaft wird in einer am Donnerstag abend hier stattfindenden Protestversammlung die „Zurücknahme" der Enzyklika und den diplomatischen „Erfolg" des preußischen Ministerpräsidenten eingehend und sachgemäß erörtern.

Das Ausbringen von Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht

ist kein grober Unfug im Sinne des § 360 StGB. Der Arbeitersekretär Richard Schmidt hatte am 7. März d. J. in der Limmerstraße in Linden bei Hannover in einem Demonstrantenzuge, der einer voraufgegangenen Protestversammlung gegen das bestehende Landtagswahlrecht folgte, Hochrufe auf das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht ausgebracht. Nach der Behandlung des Schutzmanns Köhler in der Verhandlung des dortigen Schöffengerichts am Sonnabend sollte bei Ausbringung der Hochrufe das Publikum unruhig geworden sein; aus den Häusern seien auch Entrüstungsrufe laut geworden. Der Beamte konnte aber nicht bekunden, daß die Hochrufe eine Stockung des Verkehrs herbeigeführt haben. Das Gericht erkannte laut „Hannov. Cour." auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten, der beschuldigt war, sich des groben Unfugs nach § 360 11 StGB. schuldig gemacht zu haben. Durch die Hochrufe sei der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung an und für sich nicht zu gefährden, es sei denn, daß in der Menge dadurch eine Stockung des ruhigen Abflusses des Verkehrs hervorgerufen würde. Das Geräusch der Hochrufe habe aber eine solche Stockung nicht hervorgebracht.

Kleine politische Nachrichten.

Die Differenzen im Baugewerbe

scheinen, trotz des Schiedsspruchs, nicht überall beigelegt zu sein. In Kiel und Umgebung haben allerdings die Bauarbeiter fast durchweg die Arbeit wieder aufgenommen. Dagegen haben es die Bauarbeiter in Leipzig wie in Kassel abgelehnt, den Schiedsspruch anzuerkennen.

Lohndifferenzen in dem Betrieb der Firma Lanz.

Die 4000 Köpfe zählende Arbeiterschaft der Firma Heinrich Lanz in Mannheim hat, nachdem der Geschäftsführer bei deutschen Metallarbeiterverbandes fünf große Versammlungen einberufen hatte, Lohnforderungen gestend gemacht. In den Versammlungen beschäftigte man sich mit dem Lohnwesen und den Ueberstundenverhältnissen bei der Firma. Es wurde eine Lohnerhöhung von 10 bis 15 Prozent verlangt. Daraufhin hat Dr. Karl Lanz sämtlichen Arbeitern den Sommerurlaub entzogen. — Diese Maßregel dürfte sozialpolitisch nicht besonders klug sein. Wer das Jahr über schwer arbeitet, hat doch schließlich ein Recht auf Urlaub. Das Verhalten des Chefs der Firma Lanz nimmt sich gerade so aus, als ob es sich hier um eine „Gnade" handele. Das ist aber ein vollständiges Verkennen der Sachlage, das in seiner Kurzsichtigkeit noch Konsequenzen haben dürfte.

Hof- und Personalnachrichten.

Die Kaiserin wird, wie bestimmt verlautet, den aufgeschobenen Besuch Hannovers am kommenden Sonnabend zur Ausführung bringen.

Dem Klosterpropst, Oberstleutnant a. D. Otto Grafen v. Moltke wurde anläßlich des 1100jährigen Bestehens der Stadt Itzehoe der Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz verliehen. Aus dem gleichen Anlaß ist der Oberjägermeister vom Dienst Freiherr von Heintze-Weißenrode zum Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden.

Ausland.

Hetzjagd auf wohnrechtslose Juden.

□ Aus Smolensk wird der „N. J. K." berichtet:

Die Judenvertreibungen nehmen von Tag zu Tag immer größere Dimensionen an, und die Hüter der öffentlichen Ordnung ergreifen die Gelegenheit, um ihren Dienteifer in einer Weise zu bekunden, die den Häschern der spanischen Inquisition zur Ehre gereicht haben würde. Den Höhepunkt raffinierter Grausamkeit hat der derzeitige Hexensabbat russisch-polizeilicher Bestialität im Landflecken Potschinok, Gouvernement Smolensk. Diese durch ihren bedeutenden Getreidehandel bekannte Knotenstation bildet während der Handelssaison einen Anziehungspunkt für viele Juden aus den benachbarten Gouvernements. Vor kurzem ging nun die Smolensker Polizei auf die Suche nach wohnrechtlosen Juden aus. Eines schönen Tages wurde nun der gesamte Flecken von Smolensker berittenen Polizisten umzingelt. In sämtlichen Häusern wurden strenge Hausfuchungen vorgenommen. An die zehn Juden wurden festgenommen und am fogenden Tage nach Smolensk in Polizeihaft gebracht. Während der Untersuchungen teilte jemand mit, daß viele Juden sich im benachbarten Walde versteckt hätten. Sofort wurde der Wald von den Polizisten umzingelt, und eine förmliche Hetzjagd begann. Jagdhörner ertönten, Signalrufe wurden gewechselt und Flintenschüsse abgefeuert, die das „Wild" aus seinem Versteck aufscheuchen sollten. Die Polizisten zerstreuten sich über den Wald, und bald begann die Ablieferung ergriffener Juden an den Hauptmann Tkatschew. Die „Jagd" dauerte bis tief in die Nacht hinein. Es wurden ca. 60 Juden ergriffen, vornehmlich jüngere Handelsangestellte. Von Potschinok aus begaben sich die Detektive und Polizisten nach einem anderen Handelsflecken Stadolischtsche, an der gleichen Eisenbahnlinie. Hier wiederholte sich die ganze Geschichte nach vorangegangenem Muster. Indes hatte hier die Polizei weniger Glück; es wurden nur 8 Juden ergriffen. Die anderen hatten es in Erwartung der Hetzjagd vorgezogen, mit dem ersten Zuge abzureisen und ihr Hab und Gut der „Willkür des Geschicks" zu überlassen.

Der Anschlag von Serajewo.

Die wegen des Anschlags von Serajewo geführte Untersuchung förderte bisher sehr interessante und wertvolle Ergebnisse zutage. Es wurde festgestellt, daß der Attentäter Zerajitsch während der Annexionskrise im vorigen Jahr in Belgrad weilte und zu den tätigsten Mitgliedern des zumeist aus herzegowinischen Studenten bestehenden bosnischen Komitees gehörte, das die Leitung der in Bosnien geplanten terroristischen Aktion zu übernehmen hatte. Zusammen mit seinen engeren Landsleuten Spiro Solda und Bozidar Zeitschewitsch, die ebenfalls dem Komitee angehörten und auch jetzt noch die Belgrader Universität besuchen, lernte er in Kragujevatz Bombenkonstruktion und in Tschuprija das Werfen von Handbomben. Im Auftrag der damaligen, vom Prinzen Georg geleiteten Kriegspartei bereiten sie auch behufs Vorbereitung des Aufstandes Bosnien. Ob Zerajitsch auch nach der Annexionskrise noch Beziehungen in Belgrad unterhielt, konnte jedoch nicht festgestellt werden.

Militärische Verschwörung in China.

Nach einer Meldung aus Peking hat der Vizekönig von Hupe-Hunan 4 hohe Offiziere der 8. Division verhaften lassen. Die Verhafteten werden beschuldigt, sich an der revolutionären Propaganda beteiligt zu haben. Der Vizekönig glaubt, daß durch diese Verhaftungen eine Bewegung im Keime erstickt worden ist, die darauf gerichtet war, eine Militärliga ins Leben zu rufen, um die Armee und durch diese die Regierung zu beherrschen.

Die kritische Lage in Hunan wird durch große Ueberschwemmungen noch verschlimmert. In dem nördlichen Teile von Tschangtesu soll der Verlust an Menschenleben ungeheuer groß sein. Die Bevölkerung leidet große Not.

Kleine Tagesnachrichten.

Zur Erkrankung der rumänischen Königin.

Im Befinden der Königin Elisabeth von Rumänien ist wieder eine Verschlimmerung eingetreten. Die Königin, die gestern nachmittag ihr Bett verlassen hatte, wurde von einem Schwindelanfall betroffen, der sie zwang, sich sofort wieder ins Bett zu begeben.

Gegner einer italienischen Rechtsfakultät in Wien.

Der Vollzugsausschuß der deutschen Studentenschaft Wiens beschloß gestern, dem deutsch-nationalen Verbande ein Memorandum zu überreichen, worin der letztere aufgefordert wird, gegen die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät in Wien zu stimmen.

Zur Kretafrage.

Wie dem „Journal" aus Toulon gemeldet wird, hat der Panzer „Condé" vom 2. Geschwader Befehl erhalten, sich für den Fall einer Order, nach Kreta abzufahren, völlig bereit zu halten, um die Fahrt sofort antreten zu können. Gleichzeitig wird im Ministerium die Eventualität erwogen, das ganze 2. Geschwader nach Kreta zu entsenden.

Provinzial-Nachrichten.

Hausbesitzer-Verbandstag.

Naumburg, 20. Juni.

Der Provinzial-Verband der Haus- und Grundbesitzervereine der Provinz Sachsen hielt am 18. und 19. Juni seinen 15. Verbandstag hier ab. Am Vorabend (Sonnabend, 18. Juni) fand nach Empfang der Delegierten im Hotel „Kaiserhof" ein Rundgang durch die Stadt und darauf Konzert im Bürgergarten statt.

Der Vorsitzende, Stadtrat Schneider-Magdeburg erstattete zunächst den

Geschäftsbericht

für das abgelaufene Jahr. Es hatte zuerst den Anschein — führte er aus — als ob es für die Haus- und Grundbesitzer nicht ungünstig abschließen würde. Das Kapital wurde flüssiger, die Sorgen und Lasten des Hausbesitzes wurden von der Allgemeinheit mehr und mehr anerkannt, die Wohnungsverhältnisse besserten sich in vielen Städten, namentlich Großstädten. Aber das war nur Schein. Die Vergünstigungen, die wir glaubten erreicht zu haben, verschwanden sehr schnell, ich erinnere nur an die traurige Finanzreform, an der wir Hausbesitzer in erster Linie zu tragen haben, ich erinnere weiter an die Wertzuwachssteuer, die von den meisten Städten eingeführt ist, und die uns auch vom Reich aufgelastet werden soll. Daß wir diese aufbringen müssen, ist klar. Für diese äußerst wichtige Frage habe ich nachträglich einen Vortrag für die heutige Versammlung festgesetzt. Wir haben im vorigen Jahre das Straßenreinigungsgesetz bekommen, wir haben ferner erhalten das Gesetz über die Feuerversicherung, in dem ja einige Wünsche realisiert, eine ganze Menge aber nicht erfüllt worden sind. Die Bemühungen der Vorstände des Zentral- und des Landesverbandes zur Begründung einer Miet- und Haftpflichtversicherungsanstalt sind noch nicht zu einem Erfolge gekommen, woran allerdings nicht die Allgemeinheit, sondern die Indifferenz der Hausbesitzer selbst schuld ist. Die Gründung kann nicht durchgeführt werden, wenn sich nicht tatkräftiges Interesse der Hausbesitzer dafür zeigt. Es ist nötig, daß die Hausbesitzer sich fest zusammenschließen, um durch eine bedeutende Zahl von Mitgliedern denen entgegentreten zu können, die bis heute unseren Wünschen kaum Gehör schenkten, sie vielmehr ruhig bei Seite legten und zur Tagesordnung übergingen. Wir verlangen keine Sonderrechte, sondern nur gleiches Recht für alle. Wenn wir die öffentliche Meinung darüber aufklären, daß wir nichts für uns allein wollen, dann werden auch die Kreise belehrt, die sonst schwer zu belehren sind. In diesem Sinne eröffne ich den 15. Verbandstag. (Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100621025/fragment/page=0002

Als Vertreter des Naumburger Magistrats begrüßt Stadtrat Mundt, als Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Hausund Grundbesitzer Stadtverordn. Barth-Erfurt die Versammlung, für den Preußischen Landesverband der Hausbesitzer ist Dr. Pabst-Berlin erschienen. Nach Begrüßung der Versammlung berührt Dr. Pabst einige den Hausbesitzer besonders interessierende aktuelle Fragen. Ein wichtiger Punkt sei die

Baugenossenschaftsfrage.

Es sei damals nicht verhindert worden daß das Reich und die Einzelstaaten diesen Genossenschaften Unterstützung gewähren. Erfreulicherweise sei auch die Unterstützung durch das Reich in diesem Jahre von 4 auf 2 Millionen, die des preußischen Staates von 15 auf 12 Millionen Mark gemindert worden. Auch sei, und zwar mit rückwirkender Kraft, angeordnet worden, daß die Landesversicherungsämter Darlehen nicht mehr unter 3½ Proz. an Baugenossenschaften vergeben dürfen. Das sei ein sehr wichtiges und vorteilhaftes Moment. Die Bestimmung in der Reichsversicherungsordnung, daß von den Mitteln der Landesversicherungsanstalten 25 Proz. in Reichs- und Staatspapieren anzulegen seien, entspreche einem langgehegten Wunsche der Hausbesitzer. Dadurch werde verhindert, daß diese 25 Proz. den Baugenossenschaften als Hypotheken zur Verfügung gestellt werden. Wenn es gelingt, diese Bestimmung durchzusetzen, sei das ein großer Erfolg für die Hausbesitzer. Notwendig sei eine kräftige Ausgestaltung der Organisation. Es genüge nicht, daß Hausbesitzervereine existieren, diese müßten sich dem Landesverbande und dem Reichsverbande anschließen.

„Ueber Straßenreinigung und Observanz in den Städten"

spricht sodann Herr Stadtverordneter Blumentritt aus Halle a. S.: Diese Frage ist eine schwerwiegende, nicht allein weil der Hausbesitzer beim Reinigen auf fremde Kräfte angewiesen ist und mit Polizeistrafen bedroht wird, sondern weil er auch — und das ist die Hauptlast — mit seinem ganzen Vermögen für etwaige Unfälle haftet. Kein Wunder, wenn da die Frage auftaucht, wer ist eigentlich zur Straßenreinigung verpflichtet? Kann die Polizei dem Einzelnen diese Last auferlegen? Hat nicht die Wegebauordnung für die Provinz Sachsen vom Jahre 1891 mit dieser Last aufgeräumt und sie der Kommune übertragen? Diese Fragen sind in Halle eingehend behandelt worden. Früher sind in Halle die Hausbesitzer bei Prozessen stets zur Tragung der Kosten für den Trottoirbelag verurteilt worden. Aber in den 90er Jahren wurde das Erkenntnis erwirkt, daß diese Observanz durch die Wegeordnung beseitigt sei und die Gemeinde die Kosten tragen müsse. Nachdem dieser Sieg errungen war, fragte man sich, ob nicht ebenso die Straßenreinigungspflicht der Hausbesitzer aus der Welt geschafft werden könne. In dieser Frage sind mehrere verschiedene Urteile, einmal Freisprechungen, dann wieder Verurteilungen erfolgt, so daß in Halle unter der Bürgerschaft hierüber große Rechtsunsicherheit herrscht. Die Wegebauordnung vom Jahre 1891 regelt nur die Wegebaulasten und legt sie den Kommunen auf. Sie sagt aber, die Beleuchtung gehöre nicht zur Wegebaulast, ebenso innerhalb der Städte die Reinigung der Straßen und öffentlichen Plätze. Weiteres enthält die Wegebauordnung über die Reinigungspflicht nicht. Die Straßenreinigung ist von anderen Gesichtspunkten aus entschieden worden. Die Straßen sind getrennt in solche innerhalb und solche außerhalb der Kommune (letztere: Landstraßen, Provinzial- und Kreischausseen). Die Reinigung der Straßen außerhalb der Kommunen ist eine andere als die der innerhalb ihr gelegenen. Die Reinigung der Straßen außerhalb der Kommune bildet einen Teil der Wegebaulasten, die von dem Kreis oder der Provinz zu tragen sind. Für die Straßen innerhalb der Kommunen ist die Reinigungspflicht eine viel weitgehendere; sie erstreckt sich nicht nur auf die Erhaltung des baulichen Zustandes und der Sicherheit des Verkehrs, sondern auch auf die Sicherheit des Verkehrs von Haus zu Haus und auf die öffentliche Gesundheit. Für die Straßen innerhalb der Ortschaften hat die Kommune bezw. die Polizeiverwaltung die Reinigungspflicht. Nun kann aber durch Observanz die Reinigungspflicht auf andere Personen, insbesondere die Hausbesitzer, übertragen werden. Die Frage, ob die Straßenreinigung durch Ortsstatut den Hausbesitzern übertragen werden kann, ist von den Rechtskundigen verneint worden, weil dies gegen die Gesetzesbestimmung verstoßen würde, daß die Allgemeinheit die gemeindlichen Lasten zu tragen hat. Nur durch Gesetz kann die Last den Hausbesitzern auferlegt werden. Gleiche Kraft wie das Gesetz hat die Observanz. Man versteht unter Observanz eine in der Ueberzeugung der Rechtsnotwendigkeit erfolgte langjährige Uebung. Die Ansichten darüber gehen auseinander. Das hat sich auch in Halle gezeigt. Eine Polizeiverordnung kann die Reinigungspflicht nicht begründen. Die polizeiliche Reinigungspflicht der Hausbesitzer kann nur durch Observanz eingeführt werden, nicht durch Polizeiverordnungen. Diese allein sind ungültig. Meistens war es so, daß bei Erlaß der Polizeiverordnung die Hausbesitzer vorher schon gereinigt hatten. Bei den bisherigen Entscheidungen in Schadenersatzklagen wegen Unfalls verlor der Hausbesitzer. Für die gegenwärtige Rechtslage gelten folgende Sätze: 1. Die Wegebauordnung regelt die Frage der städtischen Reinigungspflicht nicht; 2 die städtische Reinigungspflicht ist eine polizeiliche Last und fällt den Kommunen zu; 3. sie kann durch Observanz anderen auferlegt, auf die Hausbesitzer abgewälzt werden; 4. ob eine solche Observanz vorliegt, ist keine einfache Frage und es muß das höchste Gericht darüber gehört werden; 5. durch Polizeiverordnungen kann die Straßenreinigungspflicht niemals eingeführt werden; die Observanz kann durch Polizeiverordnungen geregelt werden; durch Ortsstatut kann den Hausbesitzern die Last nicht auferlegt werden. Redner schließt mit der Aufforderung, dahin zu wirken, daß die Reinigungspflicht der Straßen als eine polizeiliche Last angesehen wird, die von der Allgemeinheit zu tragen ist.

Nach längerer Debatte wird einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Der Sächsische Provinzialverband der Haus- und Grundbesitzervereine beschließt in Sachen des Gesetzentwurfs betr. die Straßenreinigung, an beide Häuser des Landtages eine Eingabe ähnlich der des Preußischen Landesverbandes zu richten mit der Erweiterung, daß in jedem Falle unabhängig von der Größe der Gemeinde die Uebernahme der Straßenreinigung auf die Gemeinde verlangt wird. (Der Landesverband hat das bloß für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern gefordert.)

Ritter-Magdeburg referiert sodann über das

Erbbaurecht.

Die Versammlung nimmt von dem Material Kenntnis und beschließt, Sonderabdrucke davon herstellen zu lassen, um es zur Agitation gegen das Erbbaurecht zu verwenden.

Justizrat Reißert-Erfurt spricht darauf über die Frage:

„Schiedsgericht für Mietsstreitigkeiten."

Seine ziemlich ausführlichen Darlegungen lassen sich kurz in folgende Leitsätze zusammenfassen: 1. Die Einsetzung von Sondergerichten zur Entscheidung von Mietsstreitigkeiten empfiehlt sich nicht; 2. dagegen empfiehlt es sich, bei größeren Amtsgerichten dahin zu wirken, daß durch die Justizverwaltung ein oder mehrere Richter lediglich mit der Entscheidung von Mietsstreitigkeiten beauftragt werden und daß an denjenigen Terminen, an denen sich Räumungsklagen häufen, vorübergehend andere Richter mit deren schleuniger Erledigung betraut werden; 3. es empfiehlt sich, namentlich da, wo ein Bedürfnis hervorgetreten ist, die Einrichtung von Einigungsämtern zu beginstigen, die möglichst unter Zuziehung von Vermietern und Mietern berufen sind, Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern zu schlichten. — Die Versammlung erklärt sich mit diesen Leitsätzen einverstanden. Kruse-kopf-Halberstadt tritt lebhaft für die Schaffung von Einigungsämtern ein. In Halberstadt habe man ein Einigungsamt, das sehr gut arbeite. In 50 Fällen seien dort 45 Einigungen erfolgt. In vielen Fällen bringe schon der Vorsitzende des Amtes allein eine Einigung zustande.

Das als Punkt 7 der Tagesordnung angesehene Referat über „Gesetz gegen Verunstaltung der Straßen und Plätze" fällt aus da der Referent infolge Verhinderung nicht erschienen ist. Die Versammlung beschließt, dafür einen Vortrag des Rechtsanwalts Herzfeld-Halle über die

Wertzuwachssteuer

entgegenzunehmen. Der Vortragende nimmt gegen den Gesetzentwurf im allgemeinen und gegen die einzelnen Paragraphen im besonderen Stellung und bezeichnet den Entwurf als eines der schwärzesten Machwerke engherziger Bureaukratenwirtschaft. Einstimmig nimmt die Versammlung darauf folgende Resolution an:

„Der heute in Naumburg tagende Verbandstag der Haus- und Grundbesitzervereine der Provinz Sachsen protestiert aufs schärfste gegen die Zuwachssteuer in der Form, wie sie die von der Regierung dem Reichstage unterbreitete Vorlage in Aussicht nehmen wollte. Die Versammlung ist der Meinung, daß die bedenklichsten volkswirtschaftlichen und sozialen Wirkungen eintreten würden, wenn der Gesetzentwurf in der Fassung angenommen würde. Auch die Beseitigung einzelner Härten, die die Vorlage durch die Beschlüsse der Reichstagskommission erfahren hat, hält die Versammlung für gänzlich unzureichend und richtet an den hohen Reichstag die dringende Bitte: Der hohe Reichstag möge den Gesetzentwurf ablehnen, wenn er nicht mindestens nach den in der Eingabe des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzer Deutschlands vom 18. bis 26. April 1910 ausgesprochenen Abänderungsvorschlägen umgestaltet wird."

„Warum ist die Organisation der Hausbesitzer ein dringendes Bedürfnis?" Diesen Antrag hat der Haus- und Grundbesitzerverein Halberstadt gestellt. Kruse-kopf-Halberstadt vertritt denselben. Durch eine von oben bis unten streng durchgeführte Organisation kann eine sichere Abwehr gegen alle Bestrebungen, den Hausbesitz noch mehr zu belasten, gewährleistet werden. Es wächst das Ansehen der Verbände sowohl als auch der Vereine. Schließlich wird auch durch das Zusammengehen die Konkurrenz der Verbände unter sich ausgeschaltet. Die Frage „Ist diese geplante Organisation auch durchführbar", muß bejaht werden. Folgende Gesichtspunkte werden dabei beachtet werden müssen: 1 Die Verbände, die ein größeres Gebiet umfassen, müssen den kleineren übergeordnet sein und diesen die nötigen Direktiven geben; 2. deshalb muß als höchste Instanz der Zentralverband für Deutschland an der Spitze der Organisation stehen; es folgen dann die Landesverbände mit den Provinzialverbänden und letztere mit den Bezirksverbänden; 3. der Beitrag braucht kein großer zu sein, da alle Verbände an Mitgliedern gewinnen, die Geschäftsführung vereinfacht wird und die vielen Druck- und Werbekosten der Verbände fortfallen. Eine kräftige Organisation wird zum Ansehen unserer Vereine und des ganzen Hausbesitzerstandes beitragen.

Ueber Punkt 8 der Tagesordnung: „Vergünstigungsvertrag mit der Provinzial-Feuersozietät" referiert der Vorsitzende. Er empfiehlt folgenden Vertrag zur Annahme: Der Hausbesitzerverband verpflichtet sich, den Mitgliedern unter Hinweis auf diesen Vertrag zu empfehlen, bei der Provinzial-Feuersozietät ihre Gebäude und beweglichen Sachen zu versichern und seinerseits für die weitere Ausbreitung der Sozietät tätig zu sein. Die Provinzial-Feuer-Sozietät verpflichtet sich, dem Hausbesitzerverbande 300 Mark jährlich zu überweisen und allen Personen, die künftig bei ihr versichern und sich als Mitglieder eines Hausbesitzervereines zu erkennen geben, die niedrigsten Beitragssätze zu berechnen und, wennsie die Versicherung auf mindestens 5 Jahre abschließen, ihnen die Taxkosten und das Stempelgeld zu erlassen und nur den Beitrag zu erheben. Die Sozietät stellt weiter in Aussicht, den Vereinen, die ihr Versicherungen zuführen, besondere Zuwendungen zu machen. Diesem Vertrage, der zunächst auf ein Jahr abgeschlossen werden soll, wird zugestimmt.

Zum Ort des nächstjährigen Verbandstages wird Weißenfels bestimmt. Für 1912 ist Nordhausen in Aussicht genommen, wo der Hausbesitzerverein im genannten Jahre sein 25jähriges Jubiläum begehen wird.

Dreißigste Hauptversammlung der Deutschen Reichsfechtschule.

Magdeburg, 20. Juni. Die Deutsche Reichsfechtschule hielt hier ihre 30. Hauptversammlung ab. Am Vorabend sprach Geh. Justizrat Dr. Schwabe die Begrüßungsworte. Zur Hauptversammlung waren 114 Delegierte erschienen. Dr. Schwabe eröffnete die Versammlung und begrüßte die Ehrengäste. Stadtrat Heiles brachte Grüße süddeutscher Verbände. Dann wurde Bericht über die vorjährige Hauptversammlung erstattet. Die Einnahmen betrugen 151 147,85 Mk., die Ausgaben 81 803,34 Mk. Den wichtigsten Antrag stellte Bromberg; es handelt sich um den Bau eines 6. Reichswaisenhauses in Bromberg. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zur Beschaffung der Mittel soll eine Geldlotterie veranstaltet werden. Die nächste Hauptversammlung wird in Schwabach abgehalten werden. — An der Festtafel nahm Oberpräsident v. Hegel teil.

Das Wetter auf dem Brocken.

Montag, den 20. Juni 1910.

(Originalbericht, Nachdruck verboten.)

Die im Gefolge der verbreiteten Gewitter in ganz Deutschland eingetretene Abkühlung war teilweise nicht von langer Dauer; auch gingen die Temperaturen in der Ebene nicht unter die Mittelwerte hinab. Trotzdem empfand man die Temperatur der letzten Tage als ziemlich kühl; denn die vorangegangene Hitze hatte die für diese Jahreszeit normale Temperatur vielfach um 5 bis 8 Grad überstiegen. —

Die regelmäßig in der zweiten Hälfte des Monats Juni auftretenden Kälterückfälle sind am 16. hier oben eingetreten und dürften noch einige Tage anhalten; immerhin ist wieder Aussicht vorhanden, daß eine stärkere Erwärmung, platzgreifen dürfte.

Im allgemeinen war der Witterungscharakter der letzten Tage auf dem Brocken als günstig zu bezeichnen. Wenn auch die höchste Temperatur am 18. nur + 12.0 Gr. und am 19. nur + 10.0 Gr. C. erreichte, war der Aufenthalt für die zahlreichen Touristen im Freien sehr angenehm. Während Sonnabend Ortsfahrten bis auf 40 und 50 Kilometer deutlich erkennbar waren, konnte man Sonntag infolge des über Land und Gebirge lagernden blauen Dunstes solche nur bis auf 10 und 15 Kilometer Entfernung deutlich sichten. Weiter hinaus war es nicht möglich, Wolkenschatten, Wälder, Ortschaften und Wiesen von einander zu unterscheiden, während die teilweise wogenden Kornfelder sich noch erheblich weiter deutlich von ihrer Umgebung abheben. So zeigte das Thermometer am 19. früh + 7.2, mittags + 9.3 und abends + 5.3 Grad C. Heute früh Sonnenaufgang bei 3 Gr. Wärme, der Himmel mit Regenwolken dreiviertel bedeckt, schwacher Nordost und Fernsicht. Nach der Wetterlage zu urteilen, dürften wir teils heiteres, teils wolkiges Wetter mit wenig veränderter Temperatur und mäßigen Winden aus nördlichen und nordöstlichen Richtungen zu erwarten haben.

Infolge der ziemlich günstigen Witterung war auch der Touristenverkehr in letzter Zeit sehr lebhaft; mit Vorliebe wird vom Publikum die Brockenbahn benutzt, weil sie den mühelosen Genuß der herrlichsten, dem Fußgänger zum Teil unzugänglichen Ausblicke, gewährt. Heute 10 Uhr vorm. hat das Barometer 670 Millimeter erreicht und folgedessen dürfte die günstige Witterung weiter anhalten. Daß die Wiederkehr großer Hitze sich noch etwas verzögert, wird gewiß angenehm empfunden werden.

Aus dem Elstertale, 20. Juni. (Wildverlust.) Die intensiven Niederschläge der letzten Gewitter haben das Brutgeschäft der Rebhühner und Fasanen im Felde und Auengelände erheblich beeinträchtigt und verschiedene Gelege durch das Anstauen von Wassermengen vernichtet; besonders sind auf tieferen Wiesen und in Senkgebieten, auf denen sich Fasanenbrutstätten befanden, dieselben verloren gegangen. Die Rebhühner- und Fasanenjagd wird daher hierdurch etwas leiden; dennoch sind die Aussichten auf den Ausfall dieser Jagd keine trüben, da schon vielfach Gesperte von jungen Fasanen und Völker von jungen Rebhühnern angetroffen worden sind und der Bestand an diesem Wilde durchweg ein zahlreicher ist.

Lochau, 20. Juni. (Kommunales.) Die Verwaltung der Zeitzer Paraffin- und Solarölfabrik in Halle hatte bei der hiesigen Gemeinde die Erlaubnis nachgesucht, auf dem sogenannten Burgliebenauer Wege eine Gleisanlage für eine Abraumbahn bauen zu dürfen. Die Gemeindevertretung hatte in der anberaumten Sitzung die Beratung des Antrages abgelehnt, da es nicht feststehe, daß die Gemeinde Besitzerin des Weges sei. Nach eingeholten Informationen bei der General-Kommission in Merseburg lag nun in der am Sonnabend stattgefundenen Gemeindevertretersitzung ein Schreiben obiger Verwaltung vor, nach welchem die Gemeinden Dölnitz und Lochau je zur Hälfte als Besitzer des genannten Weges „anzusehen" seien. Die Vertretung war jedoch nach reiflicher Erwägung der Ueberzeugung, daß die Gemeinde auch nicht Besitzerin der Hälfte jenes Weges sei, dieselbe vielmehr eine alte Heerstraße, Salzstraße genannt, die von Nürnberg komme, zu betrachten wäre. Die Vertretung kam daher zu dem nämlichen Beschluß, wie in der anderen Sitzung. — Die Vergebung von Kiesfuhren zur Wegebesserung in der Feldmark und im Auengelände reihte sich noch an.

Freyburg, 19. Juni. (Die Preise für die Kirschen) sind heuer in einer seltenen Höhe. Während die ersten Früchte, sog. Franzosen mit 48 Mark für 50 Kilo, später mit 32 Mark bezahlt wurden, betrug der Preis zu Beginn voriger Woche für weiße 28, für dunkle 30 Mark und gestern wurden von der hiesigen Geschäftsstelle des Obst-Ein- und Verkaufsvereins für dunkle 27, für helle 22 Mark gezahlt.

Olberhau, 20. Juni. (Totschlag.) Die 15jährigen Burschen Siegert und Natz aus Brandau gerieten in einen Streit, wobei Siegert einen schweren Ziegelstein ergriff und diesen derart wuchtig an den Kopf seines Kameraden schleuderte, daß dieser nach kurzer Zeit an den schweren Verletzungen starb.

B. **Strasberg-Lindenberg,** 20. Juni. (Walderdbeeren. — Ferienkolonien. — Gute Ernteaussicht.) Der Wald unserer schönen Harzberge hat nunmehr seine Schatzkammern geöffnet. Seit voriger Woche zieht Jung und Alt hinaus, um die köstlichen Walderdbeeren, die von geeigneter Witterung in ihrer Entwickelung außerordentlich begünstigt, sich in diesem Jahre besonders groß und zahlreich präsentieren, einzuheimsen. — Der Fremdenverkehr war gegen die Vorjahre bisher nur ein mäßiger. Bald wird es aber lebendiger werden, denn am 2. Juli halten die Ferienkolonien des Halleschen Waisenhauses hierorts ihren Einzug. — Die Feldflur, die hier gänzlich von Unwettern verschont blieb, berechtigt in jeder Hinsicht zu den besten Hoffnungen auf eine gute Ernte.

Leipzig, 21. Juni. (Herabgestürzt.) Auf einem Neubau stürzte ein 19 Jahre alter Schlosser beim Anbringen eiserner Gitter an einen Küchenbalkon, 2 Etagen hoch in den Hof herab und erlitt hierbei außer einer Rißquetschwunde über dem linken Auge eine schwere Gehirnerschütterung.

Döbeln, 20. Juni. (Tod beim Ringkampf.) Auf dem hiesigen Jahrmarkt rang in der Schaustellung „Altdeutsche Sportspiele" der Ringkämpfer Poppe vor zahlreichem Publikum in der 8. Stunde mit einem Soldaten des 139. Regts., dabei wurde er plötzlich von Unwohlsein befallen und starb alsbald am Herzschlag.

Klingenthal, 20. Juni. (Rohe Tat.) Ein hiesiger Automobilbesitzer unternahm in der Nacht zum Freitag in Gesellschaft einiger Herren eine Fahrt nach dem benachbarten böhmischen Graslitz. Als die Fahrtteilnehmer in einer Restauration eingekehrt waren, setzte sich ein bis jetzt Unbekannter auf das Auto. Er lenkte es bis in die Nähe des Bahnhofes Annathal-Rothau. Dort sprang er ab und ließ das Automobil laufen. Das überschlug sich im Straßengraben und verbrannte vollständig.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Polckow; für das Feuilleton: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

„Schmidts Neue Kraft!"
Dr. med. Schw. schreibt:
„in allen drei Fällen der Ernährungszustand wesentlich gebessert!!"
Ich habe bisher an drei Patienten, die in der Rekonvaleszenz nach schweren fieberhaften Erkrankungen — einmal bei einer tuberkulösen Pleuritis — standen und sich trotz verschiedenster Nahrungsmittel nicht recht erholen wollten, „Schmidts Neue Kraft" gegeben und ich darf wohl sagen, daß ich mit der Wirkung des Präparates recht zufrieden sein kann. Es hat sich in allen drei Fällen der Ernährungszustand wesentlich gebessert, dementsprechend auch der Allgemeinzustand. Ich habe daraufhin das Präparat schon mehrmals empfohlen und zum Ankauf angeraten. Dr. med. Schw., pratt. Arzt. Paket Pulver 1,80 Mk. u. 3,75 Mk. Dose Tabletten 2 und 4 Mk., Neue Kraft „Extra" (7% L.) Tabletten 5 und 10 Mk. in Apotheken und Drogerien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100621025/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Rigolettos Triumph-Erfolge!

So etwas hat man hier noch nicht gesehen!

Ganz Halle ist begeistert!

Vorher: „Der Liebespavillon“. Musikalische Leitung: Direktor Blüthgen.

Alle Karten gültig. Ueberall gratis zu haben.

Sponnagel Pianos.

Am Riebeckplatz.

Albert Hoffmann,

Bad Wittekind.

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr

Extra-Kur-Konzert.

Saalschloss-Brauerei.

Mittwoch, den 22. Juni, nachmittags 1/2 4 Uhr

Konzert

ausgeführt vom Rohland-Orchester.

Eintritt 35 Pfg. Karten gültig. F. Winkler.

Stadt-Theater-Terrasse.

Mittwoch, den 22. Juni, **Grosses Konzert,** ausgeführt vom Hall. Konzert-Orchester, unter persönl. Leitung des Kapellmeisters Joh. Vetter.

Angenehmer Familien-Aufenthalt. Gute Küche.

Eintritt frei. A. Sergel.

Rabeninsel

Etablissement Kurhals.

Mittwoch, den 22. Juni, nachmittags

Künstler-Konzert

vom Philharmonischen Tonkünstler-Ensemble, Persönl. Leitung Kapellmeister Kallenberg.

Keine Eintrittspreise. Programm 10 Pfg.

Obstwein-Schenke an der Heide.

Zu dem morgen Mittwoch stattfindenden **Erdbeerfest** verbunden mit Nachmittags- und Abend-Konzert (Kapelle Henschel-Görlach) ladet ergebenst ein H. Ricke. 10983

Eintritt frei.

Schräplers-Dampfschiffahrt.

Morgen Mittwoch nachmittag große

Extra-Fahrt

nach Rösszig, Abfahrt 3 Uhr, jede Familie ein Kind frei. à Person 50 Pfg. hin und zurück.

Hochachtungsvoll C. Schräpler, Unterplan.

C. Bauer's Brauerei-Ausschank

Rathausstrasse 3. — Telephon 1051.

Halte meinen schönen schattigen, zugfreien **Garten** sowie geräumige Kolonnade als angenehmen - - - Aufenthalt bestens empfohlen. - - -

Mittagstisch: Suppe u. 1 Gang 75 Pfg. (im Abonn. 60 Pfg.) Suppe u. 2 Gängen 1.25 M. (im Abonn. 1 M.).

Reichhaltige saisongemässe Speisenkarte. Abendkarte zu kleinen Preisen. Otto Bauer.

Niendorf a. d. Ostsee,

Seebad u. klim. Kurort,

liegt 4 1/2 km von Travemünde entfernt. Nachstehende Hotels werden empfohlen: Zur schönen Aussicht, Bellevue, Elisabethbad, Germania, Stadt Hamburg, Johannsen's Hotel, Kaisch's Hotel, Café und Logierhaus Rau, Meyer's Kurhotel, Ostsee-Hotel, Strand-Hotel. Fernruf Travemünde. Auskunft erteilt die Badekommission. 10085)

Städtisches **Eisenmoorbad Schmiedeberg** Bez. Halle

für Gicht, Rheumatismus, Frauen- u. Nervenleiden. Prospekte durch den Magistrat.

Clausthal i. Oberharz.

Höhenkurort u. Sommerfrische 600 m ü. d. Meere.

Herrl. Gebirgsluft, Mittelpunkt der schönsten Touren im Oberharz. Prosp. u. Wohnungsnachweis durch den Verein für communales Interessen.

Hotel Stadt London, Logis v. 1.50 M, Pension v. 3.50 M an.
Hotel Deutscher Kaiser, 5 Min. v. Bahnhof. Logis mit Kaffee 2 M. Pension v. 4 M an. Fr. Wassmann.
Hotel zur goldenen Krone, vornehm. Haus, eleg. Restaurant, Tourist. Zimm. v. 1.20 M an. Prosp. dch. C. Voss.
Kurhaus z. Prinzenteich, 3 1/2 km v. Clausthal entfernt, sehr schön am Walde gel. Pension v. 4 M an. Prosp.
Kurhaus z. d. Pfauenteichen, Haus ersten Ranges. Herrl. a. Walde gel. Mäß. Preise. Tel. 34. O. Müller.
Kurhaus Voigtslust, Familienhaus I. Ranges, m. allem Komfort eingerichtet. 65 Zimm. mit 100 Betten; 15 Min. entfernt. Idyll., ruh. im Walde gel., Pension v. 4.50—6.50 M. Besondere Prospekte. Tel. 10.

Weimar

Grossherzogl. Haupt- und Residenz-Stadt, nach d. Nachw. d. Kaiserl. Gesundheits-Amts eine der gesund. Städte. Prinzen. aus Goethe, Schiller, Herder, Wieland, Liszt etc., viele Denkmäler u. Sehenswürdigkeiten, Hoftheater, Konzerte, Museum, Goethe-Nat.-Museum, Goethe-, Schiller-, Liszt-, Nietzsche-Museum, Grossh. Museum, Grossh. Bibliothek, Lese-Museum, Naturwiss. Museum, Kunstschule, Musikschule, Kunstgew. Seminar von Prof. van der Velde, Unterrichtsanst. u. Pädagog. elektr. Strassenb., Quellwasserlig., erste Badeanst. (auch Dampfb.). Engl. Kolonie und Kirche u. Kolonialwest. Schloss, Grossh. Park, reiz. Umgebung, Lustschlösser (Belvedere, Tiefurt, Ettersburg). Eisenbahn n. 6 versch. Richt., schnellste u. direkte Verbind. von und nach allen Punkten Thüring. Auk.: Der Oberbürgermeisteramt.

Eine evangelisch-soziale Frauenschule

soll mit dem 15. Oktober 1910 zu Halle a. S. ins Leben treten. Sie will Damen, welche das 18. Lebensjahr erreicht haben und eine angemessene Schulbildung besitzen, sowohl in dass allgemeine Gebiet sozialer Arbeit in Kirche und Staat, Stadt- und Landgemeinden einführen, als auch für besondere Berufe (Gewerkschaftssekretariat, Fabrik- und Waisenpflege, Gewerbeinspektion, Anstalten 2c.) vorbereiten. (Näheres s. i. lokalen Teil.)

Bedeutende Dozenten der Universität, hervorragende Juristen und Pädagogen, sowie andere beste Fachträfte leiten die sich ergänzenden Kurse. Sie kosten zusammen 150 Mark. Anmeldungen möglichst bis 1. August d. J. nimmt das Bureau Halle a. S., Weidenplan 20 entgegen. Prospekte werden auf Verlangen zugesandt. (Rückporto.)

Der Vorstand:

Frau v. Alvensleben, 1. Vorsitzende. Frau Anna Lehmann, stellvertr. Vorsitzende.
Generalsup. D. Jacobi, Magdeburg.
Geh. Kommerzienrat Dr. H. Lehmann, Schatzmeister. Bergrat Schrader, Schriftführer.
Fräulein E. Schollmeyer, stellvertr. Schriftf.
Frau Hannah Balzer. Frau Antonie Dehne. Gräfin zur Lippe, Oberschönfeld (Schlesien).
Frau Margot Meyer. Prof. Dr. Fleischmann. Pastor Hobbing.

Das Komitee:

Dir. Dr. Justus Balzer, Franckesche Stiftungen. Oberbürgermeister Bansi, Quedlinburg. Amtsgerichtsrat Dr. v. Bentivegni. Frau Justizrat Bennewitz. Frau Kommerzienrat Böttcher. Dr. med. Bohe. Freiherr v. Bodenhausen, Wittenberg. Super. Bithorn, Merseburg. Konsistorialrat Blau, Wernigerode. Geheimrat von Bramann und Frau. Verlagsbuchhändler Bousset. Landrat v. Busse, Delitzsch. Landrat Graf Clairon d'Haussonville, Merseburg. Frau Geh. Kommerzienrat A. Dehne. Fabrikbesitzer Paul Dehne. Landrat v. Doetinchem de Rande, Sangerhausen. Konsistorialpräsident von Doemming und Frau, Magdeburg. Oberbürgermeister Dr. E. Ebeling, Dessau. Justizrat Elze. Dir. Lic. Everling. Professor Fleischmann. Geheimrat Fraenkel. Dir. Giesing und Frau. Landrat von Hassel, Mansfeld. Geh. Reg.-Rat Dr. Huhn, Gera. Konsistorialrat Josephson. Frau Major Köhler. Rechtsanwalt Dr. Krahmer. Landrat v. Krosigk und Frau. Sup. Kulisch, Heiligenstadt. Generalleutnant v. Lessel. Geheimrat Lindner und Frau. Oberbürgermeister Liebetrau, Gotha. Prof. Dr. v. Lippmann. Prof. Dr. Loofs. Geh. Oberreg.-Rat Meyer und Frau. Gewerberat Menzel. Dir. Ottens. Geh. Reg.-Rat Pabst, Weimar. Geh. Reg.-Rat Pape, Calbe. Landrat von Pieschel auf Theesen, Jerichow I. Landrat v. Richter, Weißenfels. Direktor Rödiger u. Frau. Oberpfarrer Prof. D. Schmidt u. Frau. Oberbürgermeister Dr. Schmidt, Erfurt. Bürgermeister Dr. Schirmer, Wittenberg. Frau Professor Ella Schwarz. Frau Präsident Seidel. Professor Sommerlad. Frau Kommerzienrat Margarete Strauß geb. Hauswald, Magdeburg. Frau Rechtsanwalt Suchsland. Oberbürgermeister Trenkmann, Mühlhausen. Oberbürgermeister Thomas, Greiz. Geheimrat Veit und Frau. Bergrat Dir. Vogelsang, Eisleben. Graf Wartensleben, Roßleben. Sup. DDr. Wächtler. Frau Regierungspräsident v. Werder. Sagisdorf. Frau Professor Dr. Wiese. Landrat Wiesand, Torgau. Frau Geheimrat Wilke. Frau Sanitätsrat Wolfram, Erfurt. Geh. Reg.-Rat Wohlmann. Generaldirektor Zell. Rittergutsbes. v. Zimmermann, Neukirchen.

Das

Braunkohlen-

Briket-Syndikat zu Helmstedt

sucht **geeignete Vertreter** zum Vertrieb seiner Brikets von bekannt hervorragender Qualität bei konkurrenzfähigen Preisen für Halle a. S. und Umgegend, und bittet um gefl. Meldungen unter Angabe von Referenzen. 10517

Weltausstellung in Brüssel

regelmässige 5tägige Sonderfahrten bis Oktober M. 175.—

in Verbindung mit **London, Antwerpen, Ostende, Paris**
4. bis 18. Juli M. 560.—
9. bis 18. Juli M. 400.—

Sonderfahrt nach der Schweiz 3.-14. Juli M. 280.—

Teilanschlüsse zulässig. Programm kostenfrei.

Karl Riesel's Reisebureau, Berlin NW., Unter den Linden 68a, gegr. 1870.

Täglich Rundfahrten durch Gross-Berlin. Ausflüge nach Potsdam.

Passau

d. „Bay. Venedig“, e. d. schönst geleg. Städte Deutschl. a. Zusammenfl. v. Donau, Inn u. Ilz. Eingangspforte f. d. Bayr. Wald; an Naturschönheit reiche Dampfschiffahrt nach Wien.

Waldvereinssek. Passau.

Stroh-Hüte

Panama

modernste Fassons in allen Preislagen.

Chr. Voigt.

Leipzigerstr. 16.

Telephon 2066.

Zum Kreisturnfest (9.—12. Juli)

Fahnen und Flaggen von reinwollenem Schiffsflaggentuch.

Wappenschilder. — Lampions. — Feuerwerk.
Vereinsabzeichen. — Schärpen. — Fahnenbänder.
Pünktliche Lieferung garantiert. — Kataloge gratis.

Bonner Fahnenfabrik (Hoflief. Sr. Majestät) (d. Kaisers u. Königs) in Bonn (Rhein).

Feinste

Schweizer Chokolade

unübertroffen im Wohlgeschmack und in stets frischer Qualität erhält man zu vorteilhaften Preisen beim direkten Bezuge von der Verkaufs-Zentrale für Schweizer Chokolade.

L. Hynitzsch, Friedrichshafen a. Bodensee.

Postversand in jedem Quantum. Von 4 Pfd. an franko. Man verlange Preisliste. Probekiste der verschiedenen Sorten für 6 Mk. und 9 Mk. portofrei b. Nachnahme. 10593

Parkett- und Stabfussböden

aus Buchen- und Eichenholz

Otto Hetzer, Holzpflege und Holzbearbeitung A.-G. Weimar.

Freitragende Holzdachkonstruktionen

nach eigenen patentierten Systemen, auf Wunsch in feuersicherer Ausführung für Luftschiffe, Flieger, Automobil- und Turnhallen, Tanzsäle, Fabrikgebäude, Güterschuppen, Lagerhallen, Scheunen. Lieferung der patentierten Elemente oder auch Uebernahme ganzer Bauten.

Kostenlose Projektbearbeitung.

Patente etc.

besorgt u. verwertet Nordd. Handels- u. Ind. Gesellschaft G. m. b. H., Bremen 36. Verlag: Der deutsche Erfinderfreund. Kulante Zahlungsweise. Billige Preise.

Miet-Pianos

in grosser Auswahl, günstige Bedingungen bei späterem Kaufe, bei

Balthasar Döll

Gr. Ulrichstr. 33/34.

Schaukelwannen

Im Gebrauch

starker Wellenschlag mit 20 Ltr. Wasser M 38.—, M 42.—

Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 57.

Gebrauchte Pianinos,

sehr gut erhalten, Mk. 175.— und 350.— zu verkaufen. 10944

B. Döll, Gr. Ulrichstr. 33/34

Gutes dauerhaftes Gummiband für Strumpfbänder kauft man bei H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Neue saure Gurken

2 Stück 15 Pfg.,

neue Vollheringe

2 Stück 15 Pfg.,

Kirschen

Pfd. 28 Pfg.,

Salatgurken

2 Stück 15 Pfg.

Ernst Weinhold,

Rathausstr. 6. Fernruf 3479.

Erfolgreiche u. gesundheitsförderl. Entfettungs- u. Reinigungskur nach dem rühmlichst bek. Schroth'schen Naturheilverfahren durch Apoth. Ulmer, Naturheil- u. Homöopath. Praxis. Sprechst. 11-1 Uhr Mansfelderstr. 60.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Pollier.

Allabendlich 8.15 Uhr

sensationeller Erfolg!

Ramon's Abenteuer.

Grotesker Schwank in 4 Akten von F. Brand.

Während der Pausen: Promenade in d. prächtig illuminierten Garten.

Zoolog. Garten

Ohne erhöhte Eintrittspreise täglich Vorstellungen von

Marquardt's großer Völkerschau:

Das afrikanische Dorf.

Hütten verschiedener Bauart, ca. 50 Eingeborene Afrikas, Mauren, Beduinen, Berber und Neger in ihren mannigfaltigen Vorführungen.

El Hadj Mohammed v. Omar, unübertreffliche Schlangenbeschwörer.

Beduinen als Reitkünstler. Maurische Tänzerinnen. — Kunstschützen. —

Reservierter Raum: Erw. 30 Pf., Kinder 20 Pf., Stehplatz 10 Pf.

Vorstellungen 4 1/2 und 7 Uhr.

Brunnerts Bellevue.

Mittwoch nachmittag 3 Uhr

großes Kaffee-Konzert.

Eintritt frei!

Saale-Dampf-Schiffahrt.

Mittwoch, den 22. ds. Mts., nachm.

2 große Extra-Fahrten

zu ermäßigten Preisen.

Hin- u. Rückfahrt bis Wettin M 1.-
„ „ „ bis Neu-Ragoczi „ -.50
Abfahrt 3 Uhr bis Wettin,
„ 4 „ „ Neu-Ragoczi.
Abfahrtstelle Peißnitzbrücke.

K. Demmer.

Elend-Schierke

Hotel Waldhöhe.

Herrliche Lage, Balkon-Zimmer mit schöner Aussicht. — Vorzügliche Pension. Prospekt frei.

Gasthof z. Arlesberg.

Auf! Auf! z. schönen Thür. Wald, Wo billiger Sommeraufenthalt! Wo fließt des Baches Silberquelle, Gibts stets die feinste Stein-Forelle.

Näheres durch R. Möller.

Auswärtige Theater.

Leipzig.

Neues Theater: Mittwoch, den 22. Juni: Rigoletto.
Altes Theater: Mittwoch, den 23. Juni: Geschlossen.

Das meiste Geld

zahlt stets für ganze Nachlasse von Möbeln, Laden-, Kontor- u. Restaurations-Einrichtungen, sowie Geldschränke, Pianos 2c.

Friedr. Peileke,

Halle. Gestiftet. 25.

Telephon 2450.

Kaufe stets ganze Lager neuer Möbel.

Ganze Namen od. Monogramme

läßt zum Zeichnen von Wäsche 2c. wieder (rote Schrift a. weiß. Band) H. Schnee Nachfl., Gr. Steinstr. 84.

Die Auskunftei

Beyrich & Greve,

Halle a/S., Große Ulrichstraße 42 (Telefon 2144) erteilt Kredit-Auskünfte einzeln und im Abonnement. Die Abonnementszettel haben fortwährende Gültigkeit.

Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100621025/fragment/page=0004